

Aufruf an den Landesvorstand der AfD Berlin

Ich fordere den Landesvorstand Berlin auf, den nachstehenden Beschluß vom 28.10.2021, bekanntgegeben an der Sitzung des Landesrates am 03.11.2021, umgehend aufzuheben.

Der Landesvorstand beschließt einstimmig:

Funktionsträger des AfD Landesverbandes Berlin dürfen nicht an einer Veranstaltung teilnehmen, wenn sie Kenntnis darüber haben, dass

- **diese von einem Mitglied organisiert wird, welches erstinstanzlich von einem Landesschiedsgericht aus der Partei ausgeschlossen wurde**

oder

- **dort ein Mitglied auftritt, welches erstinstanzlich von einem Landesschiedsgericht aus der Partei ausgeschlossen wurde.**

Ferner wird einstimmig beschlossen, dass Funktionsträger des AfD Landesverbandes Berlin nicht an Veranstaltungen teilnehmen dürfen, die in der „Staatsreparatur“ oder von dem „Staatsreparatur e.V.“ organisiert werden.

Der Landesvorstand behält sich bei Verstößen und auch bei grob fahrlässiger Unkenntnis über einen Verstoß Ordnungsmaßnahmen nach § 7 der Bundessatzung vor.

Dieser Beschluß bedeutet eine Gängelung der Mitglieder und stellt faktisch ein Kontaktverbot mit der Person Andreas Wild dar.

Darüber hinaus ist der Beschluß eine Behinderung der innerparteilichen Bildungs- und Basisarbeit, die in der „Staatsreparatur“ geleistet wird. Derartige Maßnahmen sprechen jeder demokratischen Kultur Hohn und sind Anzeichen einer innerparteilichen Diktatur. Wir, die Unterzeichner, lehnen diese Maßnahmen ab und fordern die umgehende Aufhebung des Beschlusses.

Berlin, den

Name, Vorname:

Mitgliedsnummer:

Bezirksverband:

Unterschrift